

Antrag

der Fraktion der SPD

Baden-Württemberg wird Freiheitsraum für LSBTIQA+-Personen

Der Landtag wolle beschließen,

1. Baden-Württemberg entsprechend der Entschließung des Europäischen Parlaments bezüglich der Europäischen Union vom 11. März 2021 zum Freiheitsraum für LSBTIQA+-Personen auszurufen und sich einerseits zu öffentlichen Maßnahmen zur Förderung und zum Schutz der Rechte von LSBTIQA+-Personen und andererseits zur ausdrücklichen Sanktionierung von Mechanismen der strukturellen Diskriminierung zu verpflichten;
2. das Vorgehen einiger europäischer Staaten gegen die Rechte von LSBTIQA+-Personen, mit dem die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte missachtet werden und jeder Form der Diskriminierung von LSBTIQA+-Personen Vorschub geleistet wird, zu verurteilen;
3. die baden-württembergischen Kommunen zu ermutigen, sich um Aufnahme in das Rainbow Cities Network zu bemühen und sich in diesem Städtenetzwerk aktiv einzubringen.

12.10.2022

Stoch, Wahl
und Fraktion

Begründung

Die Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans, inter, queeren und asexuellen Personen (LSBTIQA+-Personen) sind Menschenrechte und das Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung ist ein Grundrecht, das in den Verträgen und in der Charta der EU verankert ist und uneingeschränkt geachtet werden sollte.

Seit 2019 haben über 100 Woiwodschaften, Landkreise und Gemeinden in Polen Entschließungen, mit denen sie sich für frei von der sogenannten „LGBTI-Ideologie“ erklären, oder „Regionale Chartas der Familienrechte“ verabschiedet. In Reaktion darauf und wegen der zunehmenden Diskriminierung und den unübersehbaren Rückschritten bei den Rechten von LSBTIQA+-Personen in einigen EU-Ländern, insbesondere in Polen und Ungarn, haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments mit großer Mehrheit im März 2021 die EU zum „Freiheitsraum für LGBTIQ-Personen“ erklärt.

Unter dem Eindruck mehrerer queerfeindlicher Gewalttaten im Laufe des Sommers in Baden-Württemberg – etwa am Rande der Veranstaltungen zum Christopher Street Day in Stuttgart, Karlsruhe und Heidelberg – erscheint es uns als dringlich, ein konkretes Bekenntnis zu den Rechten queerer Menschen zu verabschieden. Der Beschluss Baden-Württembergs als Freiheitsraum für LSBTIQA+-Personen soll Ausgangs- und Referenzpunkt für die Verbesserung bestehender und Schaffung neuer Maßnahmen sein, durch die die Sicherheit und die Gleichstellung von LSBTIQA+-Personen in Baden-Württemberg umfassend gewährleistet wird.